

Pressedienst Nr. 16592
Montag, 21. August 2023

Moosbrugger: Herkunftskennzeichnung ist Frage von Sicherheit und Fairness	1
Totschnig: Hochwasserschutz hat noch größere Unwetterschäden verhindert	2
Staatsekretärin Plakolm sagt Nein zur Erbschaftssteuer	3
Hände weg von illegalen Pflanzenschutzmitteln	4
Land Oberösterreich gibt erstmals Problemwolf zum Abschuss frei	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Moosbrugger: Herkunftskennzeichnung ist Frage von Sicherheit und Fairness

Konsument:innen brauchen volle Transparenz für Entscheidungsfreiheit

Wien, 21. August 2023 (aiz.info). - "Wer immer nur das Billigste sucht - egal, woher und zu welchen Produktionsstandards - wird Gammelfleisch, Salmonellen und Tierleid finden", betont der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, angesichts der jüngsten Skandale mit verdorbenem Geflügelfleisch aus Polen und spricht sich für eine verstärkte verpflichtende Herkunftskennzeichnung in möglichst vielen Bereichen aus.

"Der jüngste Vorfall zeigt in aller Dramatik, dass die Herkunft auch wesentliche Informationen über die Qualität der Produkte liefert. Lebensmittel aus Österreich punkten nicht nur mit kurzen Transportwegen und Frische, sondern stehen auch für vielfach höhere Produktionsstandards und Sicherheit, mehr Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz. Das wahre Dilemma ist aber, dass Länder mit niedrigen Standards massive Wettbewerbsvorteile genießen, weil sie billiger anbieten können und die Herkunft in den Endprodukten meist völlig unerkant bleibt. Dieses System bringt auf Dauer unsere bäuerliche Familienlandwirtschaft um und macht uns - wie bei Energie - auch bei Lebensmitteln massiv importabhängig", kritisiert Moosbrugger. "Es reicht mit Sicherheit nicht, wenn Fleisch und Co. in perfekter Zubereitung oder im reschen Weckerl daherkommen, auch die Qualität des Inhalts muss passen. Konsumentinnen und Konsumenten sowie Bäuerinnen und Bauern haben ein Recht darauf, dass solche Mogelpackungen möglichst bald der Vergangenheit angehören", spricht sich der LKÖ-Präsident für mehr Herkunftstransparenz in möglichst vielen Bereichen aus.

Anonymität in der Gastronomie hinterfragen, mehr Transparenz schaffen

"Wenn sich manche Gastronomen in aller Vehemenz gegen weiterführende Schritte bei der Herkunftskennzeichnung wehren, gilt es schon zu hinterfragen, was es mit der Anonymität auf sich hat und was verborgen werden soll. Die Auslobung der regionalen Qualität wäre im Interesse von Konsumentinnen und Konsumenten, Bäuerinnen und Bauern", fordert Moosbrugger. "Mit unserer Initiative 'Gut zu wissen' haben wir ein bestens funktionierendes System zur Herkunftskennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern in der Gemeinschaftsverpflegung geschaffen, das nun flächendeckend umgesetzt werden kann. Dieses kann auch der Gastronomie als Orientierungshilfe dienen. Außerdem gibt es schon heute viele Gastronomiebetriebe, die dem Wunsch der Gäste entsprechen und mit großem Erfolg die Herkunft der Produkte ausloben", betont der LKÖ-Präsident.

Punkto Standards weit voraus, punkto Wettbewerbsfähigkeit das Nachsehen

"Mich als Landwirtschaftsvertreter erzürnt besonders, dass wir Bäuerinnen und Bauern ständig mit neuen, noch höheren Produktionsstandards konfrontiert werden, in vielen, von Intransparenz geprägten Markt Bereichen aber klar im Nachteil sind. Wir brauchen faire Rahmenbedingungen und echte Partnerschaften - in der Gemeinschaftsverpflegung, bei Verarbeitungsprodukten und schließlich auch in der Gastronomie", fordert Moosbrugger. "Es kann nicht sein, dass wir nur das Beste liefern sollen und müssen, dann aber anonyme Billigware bestellt wird. Wie wir gesehen haben, geschieht das auch auf Kosten der menschlichen Gesundheit. Qualität und Sicherheit müssen etwas wert sein und Vorfahrt erhalten. Die Menschen in Österreich verdienen volle Klarheit darüber, was auf ihren Tellern landet", unterstreicht der LKÖ-Präsident.

Zwischenziel Gemeinschaftsverpflegung, Gastro als logischer Schritt

"Der österreichische Gesundheitsminister muss nach der Kennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung endlich auch die vereinbarten weiteren Schritte umsetzen" so der LKÖ-Präsident. Mit 1. September sind Kantinen etwa in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Schulen verpflichtet, die Herkunft der Grundnahrungsmittel Milch, Fleisch und Eier in ihren Speisen auszuloben. "Das ist ein wichtiger Meilenstein, der auf unser Drängen hin auch im Regierungsprogramm verankert und nun umgesetzt werden konnte", so Moosbrugger. 2,2 Mio. Speisen pro Tag und somit nahezu zwei Drittel der Außer-Haus-Verpflegung sind davon umfasst. "Nun gilt es weitere Schritte zu setzen - bei verarbeiteten Produkten und in weiterer Folge auch in der Gastronomie. Es muss flächendeckend für Klarheit gesorgt werden", fordert Moosbrugger. (Schluss)

Totschnig: Hochwasserschutz hat noch größere Unwetterschäden verhindert

Schäden von rund 100 Mio. Euro abgewendet

Wien, 21. August 2023 (aiz.info). - Bestehende Hochwasserschutz- und Präventionsmaßnahmen haben noch schlimmere Schäden durch die vergangenen Unwetter besonders im Süden und Westen von Österreich verhindert, betont Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig. "Erste Analysen zeigen, dass in den letzten Wochen Hochwasserschäden in der Höhe von rund 100 Mio. Euro durch die bestehende Schutzinfrastruktur abgewendet werden konnten", so der Minister. Der Schutz vor Naturgefahren sei eine Investition in die Zukunft Österreichs. "Es werden dadurch ein starker Wirtschaftsstandort, sichere Verkehrsverbindungen, eine hohe Lebensqualität sowie eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen unterstützt. Jährlich investiert der Bund daher rund 200 Mio. Euro in wichtige Schutzinfrastrukturprojekte in allen Regionen", unterstreicht Totschnig.

Seit dem verheerenden Jahrhunderthochwasser von 2002 seien aus Bundesmitteln rund 3,5 Mrd. Euro in den Schutz vor Naturgefahren investiert worden. Dabei werde ein großes Augenmerk auf die Anforderungen an die Gewässerökologie bei der Umsetzung der Maßnahmen gelegt. "Renaturierungsmaßnahmen an Flussläufen und verbesserter Hochwasserschutz gehen dabei heute Hand in Hand", so **Totschnig**

Alleine in den vergangenen fünf Jahren habe das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft rund 1 Mrd. Euro aufgewendet, um die Bevölkerung und die Infrastruktur vor Hochwasser, Muren, Lawinen und Steinschlag besser zu schützen. Knapp 6.700 neue Schutzprojekte, Sofortmaßnahmen, Instandhaltungen sowie Planungsleistungen seien umgesetzt worden. "Die erste Bilanz zeigt, dass diese vielen Schutz- und Präventionsmaßnahmen greifen und weitere größere Katastrophen verhindert werden konnten. Etwa konnten die 24 Rückhaltebecken im Südburgenland am ersten Augustwochenende Hochwasserwellen deutlich reduzieren und Schäden in Siedlungsgebieten verhindern", so **Totschnig**. Dem Minister zufolge konnte beispielsweise das Rückhaltebecken Jennersdorf 485.000 m³ an Wasser zurückhalten und damit deutlich zur Schadensvermeidung beitragen. Ähnliche Beispiele gebe es in der Steiermark und in Kärnten.

"Größter Dank gilt allen Einsatzkräften und Freiwilligen, die nach den Extremwetterereignissen helfen und Übermenschliches leisten. Diese Ausnahmesituation zeigte einmal mehr, wie wichtig der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist und wie wichtig die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Gemeinden ist", so **Totschnig** abschließend. (Schluss)

Staatsekretärin Plakolm sagt Nein zur Erbschaftssteuer

Perspektiven und Chancen bieten statt Leistung bestrafen

St. Pölten, 21. August 2023 (aiz.info). - Staatssekretärin **Claudia Plakolm** ist entschieden gegen die Einführung einer Erbschaftssteuer, wie sie in einem Arbeitsgespräch mit dem niederösterreichischen Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** betont. "Der Schutz unserer Heimat und der Schutz unseres Eigentums sind eng verbunden mit dem Schutz unserer Freiheit. Ich bin daher ganz klar gegen eine Erbschaftssteuer. Das Gehalt wird zuerst besteuert - der Immobilienkauf wird mit dem Geld aus dem Gehalt nochmals besteuert und dann soll der Staat beim Tod auch noch einmal hingreifen. Das ist leistungsfeindlich und das lehne ich ab. Gerade für unsere Bäuerinnen und Bauern ist Eigentum die Grundlage, um ihrer Arbeit nachgehen zu können und damit die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln für alle Österreicher sicherstellen zu können", stellt sich Jugendstaatssekretärin Plakolm klar an die Seite der Bäuerinnen und Bauern.

Programm für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger

Das Forderungspapier mit 5x5 Forderungen des NÖ Bauernbundes wurde zum heurigen Weltbauerntag am 1. Juni präsentiert. "Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten an 365 Tagen im Jahr auf den Feldern und in den Ställen für unsere Lebensmittel. Sie verdienen unseren Dank und faire Arbeitsbedingungen. Mit diesen Forderungen wollen wir diese Arbeitsbedingungen sicherstellen und klar ist, nur so können wir uns auch in Zukunft selbst versorgen und sind nicht von ausländischen Importen abhängig", betont Nemecek, für den das Programm ein klares Bekenntnis zur bäuerlichen Produktion, zur Wahrung der Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln in Österreich und für die Leistungsträger:innen sträger im Land ist.

"Wir müssen Perspektiven und Chancen für unsere Jugend, besonders im ländlichen Raum, bieten, den Eigentumsaufbau fördern und dürfen Leistung keinesfalls bestrafen. Eigentumssteuern sind und bleiben leistungsfeindlich, als ÖVP lehnen wir diese klar ab", stellen Plakolm und Nemecek abschließend klar.

Weitere Informationen zum Forderungspapier finden sich unter www.noebauernbund-forderungen.at. (Schluss)

Hände weg von illegalen Pflanzenschutzmitteln

IGP zeigt in Video verheerende Folgen von gefälschten, nicht zugelassenen und ungeprüften Produkten auf

Wien, 21. August 2023 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) warnt vor dem Kauf illegaler und gefälschter Pflanzenschutzmittel. In einem Video, das von IGP und dem europäischen Verband Croplife Europe gemeinsam erstellt wurde, wird auf die Risiken bei der Anwendung ungeprüfter Produkte verwiesen. Sind darin verbotene Substanzen enthalten, so können diese auf Feldern und in Gärten enorme Schäden anrichten, appelliert die IGP für den Kauf zugelassener und damit geprüfter und sicherer Produkte bei zertifizierten Händlern. Die IGP ruft Landwirt:innen und Hobbygärtner:innen auf, etwaige Verdachtsfälle sofort an das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) zu melden. Das Video kann auf dem Youtube-Kanal der IGP angesehen und auch geteilt werden.

"Pflanzenschutzmittel sind umfassend geprüft und durchlaufen ein mehrstufiges Zulassungsverfahren. Sie gewährleisten eine sichere Anwendung und die Sicherheit für Mensch, Tier und Umwelt", so IGP-Obmann **Christian Stockmar**. Illegale Produkte aus fraglichen Quellen seien oftmals nicht geprüft und stellen damit ein Risiko für Mensch und Umwelt dar. "Bei der Anwendung drohen massive Schäden in der Landwirtschaft, Ernteauffälle sowie langfristige Bodenschäden. Zudem haben sie hohe Strafen, enorme Kosten für die Entsorgung sowie Risiken für die eigene Gesundheit zur Folge. Das vermeintliche Schnäppchen kann so schnell teuer werden", verdeutlicht Stockmar.

Die IGP rät, beim Kauf von Pflanzenschutzmitteln genau zu schauen, da illegale Produkte oftmals nur schwer von registrierten Produkten zu unterscheiden sind. Landwirte und Hobbygärtner sollten daher auf folgende Hinweise achten: Etiketten sind in deutscher Sprache und fest mit der Verpackung verbunden, die Rechnung enthält detaillierte Verkaufsinformationen und schließlich die Produkte nur bei seriösen und anerkannten Händlern einkaufen. (Schluss)

Land Oberösterreich gibt erstmals Problemwolf zum Abschuss frei

Schafe in Obertraun getötet, verletzt und abgängig

Linz, 21. August 2023 (aiz.info). - Das Land Oberösterreich hat die Entnahme eines Problemwolfes erstmals behördlich stattgegeben. In den ersten zwei Augustwochen wurden im Bereich der Maisenbergalm in Obertraun im Gebiet Hochplateau Dachstein/Krippenstein insgesamt neun Schafe getötet, zwei Schafe verletzt und weitere 25 Schafe sind abgängig.

Die durch Wolfsbeauftragte des Landes Oberösterreich am 19. August 2023 vor Ort erfolgte Begutachtung der verletzten bzw. getöteten Schafe ergab aufgrund des Rissbildes, der Verletzungen bzw. der örtlichen Verhältnisse, dass es sich beim Verursacher des Schadens um einen oder mehrere Wölfe gehandelt haben muss.

Eine Entnahme ist nunmehr innerhalb von vier Wochen bis zum 13. September 2023 und innerhalb eines Umkreises von zehn Kilometern vom Ort des letzten Riss- bzw. Verletzungsereignisses möglich. (Schluss)